

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

176 (28.6.1921) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Abonnements:
In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 RM. In den Ausgabestellen abgeholt monatlich 6.10 RM. Auswärts durch unsere Agenturen bezogen 6.50 RM. monatlich, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 6.95 RM. Vierteljährlich 16.95 RM.

Verlag: Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.
Redaktion: Mittelstraße 1.
Druck: C. S. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für den Inhalt: Hermann v. Pöckl; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für den Reichsteil: Hermann v. Pöckl; für die „Pyramide“: Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schreiber. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Häfeler, Berlin-Kantow, Rogatzstraße 37, Telefon Zentrum 243. Für unerlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers untersagt.

118. Jahrg. Nr. 176. **Dienstag, den 28. Juni 1921** Erstes Blatt.

Zur Neubildung des Eisenbahnrats in Baden.

Anregungen von Emil Meiß, Karlsruhe.
Obwohl es jetzt in der Welt im allgemeinen laut und lebhaft zugeht, hat man doch auf manchen bedeutungsvollen Gebieten immer noch immer wieder den Eindruck, daß alles schlafend in diesen Gebieten gehöre meines Erachtens die Beziehungen zwischen den Eisenbahnen und der Bevölkerung. Wäre dem nicht so, könnte es nicht sein, daß sich das Gros der öffentlichen Meinung weder um dringende örtliche Fragen, wie die Sanierung der Karlsruher Vorortbahnen, noch um wichtige allgemeine Fragen, wie die Bildung der Reichseisenbahnräte bekümmert, die in Folge einer Vorlage des Reichsverkehrsministeriums an den Reichsrat dieser Tage greifbare Formen angenommen hat und für Baden aus verschiedenen Gründen dauernd von großer eisenbahnpolitischer Bedeutung ist. Prinzipiell betrachtet, handelt es sich bei dieser Vorlage unter anderem darum, die Mitwirkung des badischen Volkes bei Betrieb und Verwaltung der staatlichen Eisenbahnen in Baden neu zu ordnen, den durch eine landesherrliche Verordnung vom 4. November 1880 für die badischen Staatsbahnen eingerichteten Eisenbahnrat abzulösen durch Organisationen, die nach den Grundsätzen der bezeichneten Regierungsvorlage für den Bereich der Reichseisenbahnen neu gebildet werden sollen. Aus dieser Tatsache ergibt sich für das badische Volk und in besonderer für seine parlamentarische Vertretung die Notwendigkeit, zu untersuchen, inwieweit die Vorlage des Reichsverkehrsministeriums die bisherigen Rechte des badischen Volkes berührt, ob die Neuerungen von seinem Standpunkt betrachtet, annehmbar erscheinen oder ob es in seinem Interesse liegt, in dieser oder jener Hinsicht eine Änderung der Regierungsvorlage zu verlangen.
Schon ein flüchtiger Vergleich der vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagenen Bestimmungen mit den noch geltenden ergibt, daß die Rechte des badischen Volkes Änderungen von so grundsätzlicher Bedeutung erfahren sollen, daß Regierung und Volksvertretung unbedingt dazu Stellung nehmen müssen. Die Neuerungen beginnen bereits bei der Gliederung der Abteilungen. Der Landesbahnrat, wie ihn die badische Eisenbahn bei dem Vergleich nennen werde, war einstimmig, während der Reichseisenbahnrat in zwei Kammern zerfallen soll. Neben zehn Bezirksbahnräten soll für das ganze Reichsgebiet ein Reichseisenbahnrat eingesetzt werden, der zwar die Bezirksbahnräte zusammenfaßt, ihnen aber nicht unabhängig übergeordnet ist. Der für Baden zuständige Bezirksbahnrat soll insgesamt 48 Mitglieder erhalten, die ihrerseits 3 Vertreter in den Reichseisenbahnrat entsenden sollen. Die viel dieser Mitglieder und Vertreter auf Baden entfallen würden, ist noch nicht bestimmt. Sicher ist auf alle Fälle, daß bei Annahme des Vorschlags die Zahl der badischen Mitglieder und Vertreter fähiger weniger groß sein wird als die Zahl der Mitglieder des Landesbahnrats, die 27 beträgt, und daß — wenn auch für die vorgeschlagene Gliederung Zweckmäßigkeitsgründe sprechen — sie doch eine wesentliche Verringerung der Rechte des badischen Volkes darstellt, die dadurch eine erhöhte Bedeutung erhält, daß die Bahnräte für den durchgehenden Personenverkehr nunmehr in Berlin bearbeitet werden und hiernach die badischen Wünsche zu diesen Bahnräten im Reichseisenbahnrat und nicht im Bezirksbahnrat zu vertreten sein werden.
Die auffallendste und sachlich wichtigste Änderung, die der Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums gegenüber dem bisherigen Zustande, und zwar nicht nur für Baden, sondern für fast alle Länder bringt, ist die Abgrenzung der lokalen Körperschaften untereinander. Die neuen Bezirke sollen sich zum Teil mit den bisherigen decken, zum Teil sollen sie mehrere von ihnen zusammenfassen. Durch Zusammenfluß früherer Bezirke sollen um- oder neugebildet werden die Bezirke Stuttgart-Karlsruhe, Frankfurt (Main) und verschiedene norddeutsche Bezirke, deren Grenzen uns in Baden nicht im einzelnen interessieren. Der Bezirk Stuttgart-Karlsruhe soll die Reichseisenbahnen in Baden und Württemberg umfassen. Zum Bezirk Frankfurt (Main) soll auch die Rheinpfalz gehören. Beide Grenzfestlegungen berühren badische Lebensinteressen und verlangen daher sorgfältigste Prüfung von allen Seiten. Zur Begründung seines Vorschlags führt das Reichsverkehrsministerium an: Die Frage über die Abgrenzung des Wirtschaftsbereichs der Eisenbahnbetriebe wäre ohne weiteres zu lösen gewesen, wenn Artikel 106 der Reichsverfassung, nach dem das Reich in Wirtschaftsbereichen einzuteilen ist, bereits durchgeführt wäre. Da dies aber noch nicht geschehen, auf der anderen Seite aber die Einsetzung von Reichseisenbahnräten dringend sei, wäre das Begehren, an die bestehenden Einrichtungen möglichst anzupfropfen und vorläufig darauf aufzubauen. Nachdem die früheren Staatsbahnen zu der Hand des Reiches vereinigt seien,

müßten nunmehr solche Hemmungen beseitigt werden, die sich bisher in den an sich einheitlichen Wirtschaftsbereichen durch die politischen Grenzen der Länder ergeben hätten. Bei der Bildung der neuen Bezirke sei daher das Politische zurückgestellt und nur den wirtschaftlichen Erfordernissen in erster Linie Rechnung getragen worden.
Vom badischen Standpunkt aus betrachtet, kann den wichtigsten Teilen dieser Begründung und besonders den aus ihr gezogenen praktischen Folgerungen nach meiner Auffassung nicht zugestimmt werden. Zwar muß anerkannt werden, daß nach der Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbereiche die Bildung der auch nach meiner Ansicht dringend nötigen Eisenbahnräte sehr einfach gewesen wäre, da Wirtschaftsbereich und Eisenbahnbezirk übereinstimmen müssen, wenn das Wirtschaftsgebiet nicht von vornherein unzureichend geformt sein soll. Da aber feststeht, daß über die Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbereiche keine einheitliche Auffassung, ja noch kein Mehrheitswille besteht, war es meines Erachtens eine unkluge Taktik, die Frage

Stimmen. Zwar muß anerkannt werden, daß nach der Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbereiche die Bildung der auch nach meiner Ansicht dringend nötigen Eisenbahnräte sehr einfach gewesen wäre, da Wirtschaftsbereich und Eisenbahnbezirk übereinstimmen müssen, wenn das Wirtschaftsgebiet nicht von vornherein unzureichend geformt sein soll. Da aber feststeht, daß über die Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbereiche keine einheitliche Auffassung, ja noch kein Mehrheitswille besteht, war es meines Erachtens eine unkluge Taktik, die Frage

Wie und die Polen.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:
Auch nach der Lösung der oberschlesischen Frage wird Polen einer jener europäischen Staaten sein, mit dem unsere Außenpolitik in erster Linie zu arbeiten haben wird. Wir haben es mit einem mächtig gemachten Staat zu tun, der vorfristig behandelt und aufmerksam beachtet werden muß. Ueber den Kurs, den die polnische Außenpolitik in der nächsten Zeit gehen soll, unterrichtet uns die Rede, die der neue polnische Außenminister vor einigen Tagen gehalten hat. Zunächst muß festgestellt werden, warum sein Vorgänger gehen mußte. Ueber die Gründe des Austritts des Fürsten Sapieha können wir erst klar sehen, seit die Alliierten die Zustimmung Korsanys zum Hörsinger Nämungsvorschlag erzwungen haben. Sapieha war auf den Erfolg Korsanys in der Gewaltanerkennung Oberschlesiens politisch festgelegt. Der Versuch ist — für den Augenblick wenigstens — als gescheitert anzusehen und der bisherige Außenminister konnte die neue Oberschlesienpolitik kaum noch mit seinem Namen decken. Deshalb ist es auch erklärlich, daß der neue Minister Stimmung zunächst grundsätzlich und dann in Einzelheiten von der bisherigen Außenpolitik Polens abtritt. Zunächst hat er in der erwähnten Rede seinen Vandalen ergriffen, daß der bisherige auf Gewaltanerkennung gerichtete Kurs nicht beibehalten werden könne. Ganz Europa wolle Frieden haben und liberal gelte Polen als der Unruhefächer par excellence! Wer aber heute neue Verwicklungen stifte, sei in der Meinung der Welt von vornherein gerichtet.
Gegen die im vorletzten Satz enthaltene Feststellung werden wir besonders wenig einzuwenden haben. Eigentümlicherweise finden diese Ausführungen auch in der polnischen Presse eine gute Aufnahme. Es liegen Neuigkeiten aller maßgebenden Warschauer Blätter vor, die den Außenminister ermuntern, seine Versprechungen auf einen friedlicheren Kurs zu halten und ihn ermahnen, es nicht so zu machen wie sein Vorgänger, der sich auf das schöne Wort beschränkt hat.
So viel Friedensliebe bei den Polen, das muß uns süßig machen! Unser durch so viele trostlose Erfahrungen genährtes Mißtrauen erklärt sich zum Teil schon als gerechtfertigt, wenn wir den Spuren der neuen Außenpolitik Polens nachgehen. Zunächst hat er angefangen, mit der Tscheko-Slowakei reinen Tisch zu machen. Er erklärte Polens Verzicht auf den alten Janzapfel zwischen den beiden Ländern, das Tschecher-Koblenzgebiet. Er hatete, wie wir kürzlich berichteten, dem Prager Amtsblatt den tschechisch-polnischen Dank für die in Paris erfolgte Intervention des tschechischen Außenministers in der oberschlesischen Frage ab. Er weist auf die gleichen außenpolitischen Interessengebiete der beiden Länder dem Osten und — Deutschland gegenüber hin. Dieser Hinweis auf Deutschland war unwürdig, er deutet zu deutlich das Erlauben Polens auf die Tscheko-Slowakei, die bekanntlich besonders auf wirtschaftlichem Gebiet in der letzten Zeit sich stark an Deutschland angegeschlossen hatte, möge doch von ihrem Irrtum ablassen und sich mit Polen an der bewaffneten Drohung Deutschlands gegenüber beteiligen.
Der neue Außenminister rückt in der oberschlesischen Frage von seinem Vorgänger und von Korsanys ab und erklärt sich mit Wärme für die Sorzalanie. Das bedeutet, daß die Sorzalanie weitere Bemühungen Korsanys überflüssig macht. Zur Ergänzung sei noch hinzugefügt, daß der neue Außenminister bis zu seinem Amtsantritt polnischer Posthalter in Rom war. Er wird also über die Sorzalanie wohl orientiert sein, ebenso wie wir nun darüber orientiert sind, wie wir „den Rückzug“ der polnischen Politik in der oberschlesischen Frage zu bewerten haben. Von großer Bedeutung wird es also sein, ob die italienische Regierung angesichts der überfalligen Aufnahme, die ihre Außenpolitik am Sonntag in der Kammer gefunden hat, die in der Sorzalanie zum Ausdruck kommende Haltung in der oberschlesischen Frage wird beibehalten können.

Schaden wird auf etwa 55 Millionen Mark geschätzt. Von glaubwürdiger Seite wird gemeldet, daß der Kreisfiskus gegen die Respektfallen der Polen gegen die Kaufmannschaft eingeschritten sei, worauf die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt wurden. Auch die verhafteten Eisenbahner wurden freigelassen.

10. Mai 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Im südlichen Bezirk rücken die Injuranten ab. Seit gestern nachmittag wird der Abbau der Injurantenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt. Nach Kanderava, Kattowiz und dem Industriegebiet wird mit einigen Zügen der Verkehr aufrecht erhalten.

Italiens Außenpolitik.

Ein Vertrauensvotum für die italienische Regierung.
(Eigener Drahtbericht.)
Rom, 27. Juni. In der Kammer brachte nach Abschluß der Debatte auf die Antwort der Thronrede Turatti und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik, in der Wirtschaft und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über.
Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil ist einschließlich der Worte „in der Außenpolitik“ mit 24 gegen 200 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen, der zweite Teil mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt worden.
Im Verlaufe der Debatte erklärte Giolitti in Erwiderung auf die Ausführungen der vorhergehenden Redner, nach dem Proportionalwahlsystem müßten die Ministerien aus Männern mehrerer Parteien zusammengesetzt sein. Dreimal habe er in der Vergangenheit die Sozialdemokraten aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen. Wenn in der Zukunft ein Abkommen mit den Sozialisten zustande käme, so würde es auf einer gut umföhrten Grundlage sein. Was die Außenpolitik anlangt, so schloße er sich den Erklärungen des Grafen Sforza an. Er glaube, man müsse die in den angeführten Provinzen in Kraft befindliche Autonomie beibehalten. Die Regierung werde die einzelnen Produktionen fördern, indem sie Absatzmärkte für diese im Ausland suche. Giolitti betonte, daß der Streik in den öffentlichen Beamten ein Verbrechen sei, das unter die Strafgesehe falle.
Rücktritt des italienischen Ministeriums.
(Eigener Drahtbericht.)
Rom, 27. Juni. Infolge des Ergebnisses der Kammerdebatte hat das Ministerium beschlossen, zurückzutreten. Der Rücktritt soll heute der Kammer und dem Senat bekannt gemacht werden. Nach dem „Giornale d'Italia“ soll Giolitti die Neubildung des Ministeriums abgelehnt haben und dem König als geeignete Persönlichkeit den jetzigen Schatzminister Bonomi genannt haben.
e. Rom, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
In der heutigen Kammer Sitzung hat der Ministerpräsident Giolitti mit ironischem Lächeln unter lebhafter Spannung mitgeteilt, das Ministerium habe mit dem Vertrauensvotum eine zu geringe Mehrheit erlangt, deren Wert außerdem noch durch die im Laufe der Diskussion gemachten Vorbehalte verringert sei. Die Regierung glaube daher nicht mehr die notwendige Macht zu besitzen, um die schwebenden ernsten Fragen zu lösen. Aus diesem Grunde habe sie dem König die Demission eingereicht, der sich die näheren Entscheidungen vorbehalte. Der Ministerrat bleibe nur noch zur Begründung der öffentlichen Ordnung und zur Erledigung der dringenden Geschäfte im Amt.
e. Rom, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
Der König hat die Beratungen für die Neubildung des Kabinetts am Montag nachmittag aufgenommen. Die offizielle „Tribuna“ und „Giornale d'Italia“ bezeichnen den Kammerpräsidenten Benivola als zukünftigen Ministerpräsidenten. Der katholische „Corriere d'Italia“ schlägt ein neues Ministerium Giolitti als rasche Lösung der Krise vor, da der Ministerpräsident selbst von der Kritik an der Außenpolitik nicht benommen worden sei.

der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche durch die Abgrenzung der Eisenbahnbezirke lösen zu wollen. Durch seinen dahin zielenden Vorschlag hat sich das Reichsverkehrsministerium selbst unnötig Schwierigkeiten bereitet, denn die Wüste wird je länger desto mehr erkannt und dadurch nur der Streitpunkt von einem allgemeinen Gebiet auf ein besonderes verschoben. Die Folge wird natürlich eine Verzögerung der Eisenbahnratsbildung sein, die bereits auf 1. August 1921 stattfinden soll.

Was Baden und Württemberg im besonderen angeht, so ist nach meinen Untersuchungen statistisch nachweisbar, daß bei ihnen von einem einheitlichen Wirtschaftsbereich zu Recht nicht gesprochen werden kann. Die Hemmungen, die sich zwischen den beiden Ländern im Laufe der Zeit eisenbahnwirtschaftlich ergaben, sind nach meiner Auffassung im verflochtenen Jahre durch den Uebergang der Staatsbahnen restlos beseitigt worden. Das Vergangene kann aber zur Rechtfertigung des Zusammenflusses von Württemberg und Baden zu einem einzigen Bezirkswirtschaftsrat in diesem Falle nicht herangezogen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder wie des Deutschen Reiches im allgemeinen wird durch die Grenzen der Länder gegen einander in Zukunft noch weniger beeinträchtigt werden können als es in der Vergangenheit möglich gewesen ist. Mit den vom Reichsverkehrsministerium geltend gemachten Gründen ist hiernach dieser Zusammenfluß von Baden und Württemberg nicht zu rechtfertigen. Mir scheint, daß mit diesen Gründen auch der Anschluß der Pfalz an den Bezirk Frankfurt (Main) nicht als ein Bedürfnis bezeichnen werden kann. Wie die letzte Tagung des pfälzischen Verkehrsverbandes deutlich gezeigt hat, erstrebt die Pfalz nicht den eisenbahnpolitischen Anschluß an Frankfurt (Main), sondern an keine Nachbarbahn auf dem rechten Rheinufer, an Baden. Die geographische Lage drängt dazu, die Pfalz nicht an einen schmalen Zipfel zu hängen, vielmehr auf eine breite, auf lebhafteste vom Verkehr bespülte Seite zu stehen. Der durchgehende Verkehr der Pfalz sucht nicht Verbindungen im Nordwesten, sondern im Südosten des Landes, daher auch immer wieder die Forderung nach einer festen Eisenbahnbrücke bei Maxau. Und die Beziehungen der Pfalz zu seinem Mutterlande Bayern weisen darauf hin, diese Verbindung auf dem kürzesten Weg zu unterhalten und diesen kürzesten Weg der unmittelbaren Einwirkung der pfälzischen Bevölkerung zu unterstellen. Auch die wirtschaftlichen Bindungen, die die Pfalz mit den südbadischen Ländern verbindet, sind sicher kräftiger und tragfähiger als jene zu den Gebieten nördlich des Main. Kurzum, es wäre verfehlt, die Pfalz dem Bezirksbahnrat Frankfurt (Main) anzuschließen, dagegen zweckmäßig, Pfalz und Baden zusammenzuschließen.

Mit allen diesen Andeutungen glaube ich dargestellt zu haben, daß die öffentliche Meinung Badens allen Anlaß hat, sich bald eingehend mit der Frage der Bildung der Eisenbahnräte zu befassen und so die Maßnahmen vorzubereiten, die getroffen werden müssen, wenn die badische Staats- und Volkswirtschaft vor Schaden bewahrt werden soll.

Bolschewistische Außenpolitik.

Von unserem über die Lage in Sowjetrußland gut unterrichteten Gewährsmann wird uns geschrieben:
Die Aufrührerbewegung macht sich nunmehr auch im Donez-Bassin fester bemerkbar. Sturum, ehemaliger Kommandeur des 13. Roten Donkorps, leitet dort die Kämpfe gegen die Sowjetregierung, der er durch Zerbrechen industrieller Anlagen schweren Schaden zufügt. Auch in der Minsker und Stuzger Gegend nehmen die Bandenkämpfe ihren Fortgang. Einen durchschlagenden Erfolg werden alle diese gegenrevolutionären Kämpfe in absehbarer Zeit nicht haben, weil sie nicht einheitlich geleitet werden. Mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten schränken zudem das Operationsfeld ein; die Sowjetregierung kann die Brandherde einzeln austreten, was mit großer Grausamkeit geschieht.
Die Schwächung der militärischen Kraft Rußlands hat eine völlige Umkehr der Politik gegenüber Polen zur Folge gehabt; indes handelt es sich dabei nur um ein Scheinmanöver. Michail Fochel, der Leiter des Volkswirtschafts der Sektion der 3. Internationalen, ist angewiesen worden, unverzüglich dafür zu sorgen, daß nichts mehr unternommen wird, was von der polnischen Regierung als feindlicher Akt gedeutet werden kann, insonderheit sollen die Feinde der national gesinnten Polen nicht mehr unterstützt werden. Die verantwortlichen Arbeiterführer sollen davon unterrichtet werden, daß auch die polnischen bürgerlichen Parteien nicht mehr feindlich behandelt werden dürfen. Der tatsächliche Charakter dieses Frontwechsels wird ausdrücklich betont; abschließend und eingehendernormen soll der polnischen Arbeiterbewegung ein nationalistischer Einschlag gegeben werden. Die polnische Bourgeoisie soll in dem Glauben befestigt werden, daß sie sich

Die auffallendste und sachlich wichtigste Änderung, die der Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums gegenüber dem bisherigen Zustande, und zwar nicht nur für Baden, sondern für fast alle Länder bringt, ist die Abgrenzung der lokalen Körperschaften untereinander. Die neuen Bezirke sollen sich zum Teil mit den bisherigen decken, zum Teil sollen sie mehrere von ihnen zusammenfassen. Durch Zusammenfluß früherer Bezirke sollen um- oder neugebildet werden die Bezirke Stuttgart-Karlsruhe, Frankfurt (Main) und verschiedene norddeutsche Bezirke, deren Grenzen uns in Baden nicht im einzelnen interessieren. Der Bezirk Stuttgart-Karlsruhe soll die Reichseisenbahnen in Baden und Württemberg umfassen. Zum Bezirk Frankfurt (Main) soll auch die Rheinpfalz gehören. Beide Grenzfestlegungen berühren badische Lebensinteressen und verlangen daher sorgfältigste Prüfung von allen Seiten. Zur Begründung seines Vorschlags führt das Reichsverkehrsministerium an: Die Frage über die Abgrenzung des Wirtschaftsbereichs der Eisenbahnbetriebe wäre ohne weiteres zu lösen gewesen, wenn Artikel 106 der Reichsverfassung, nach dem das Reich in Wirtschaftsbereichen einzuteilen ist, bereits durchgeführt wäre. Da dies aber noch nicht geschehen, auf der anderen Seite aber die Einsetzung von Reichseisenbahnräten dringend sei, wäre das Begehren, an die bestehenden Einrichtungen möglichst anzupfropfen und vorläufig darauf aufzubauen. Nachdem die früheren Staatsbahnen zu der Hand des Reiches vereinigt seien,

Räumungsarbeiten in Rybnik.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Rybnik, 27. Juni. Die getriggen Räumungsarbeiten führten zur Freimachung mehrerer Gleise für den Güterverkehr. Der

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

logar der polnischen Sektion der 3. Internationale für ihre eigenen Zwecke bedienen könne. Es wird absoluter Gehorsam gegen die neuen Anordnungen verlangt, gleichzeitig aber wünscht man dafür zu sorgen, daß die Stimmung der Massen nicht umschlägt. In einem Sonderzirkular wird in gedruckten Redewendungen mit den sattem bekannten revolutionären Phrasen die Notwendigkeit der neuen politischen Richtung zu begründen versucht.

Die wahren Gründe für den Wechsel in der Haltung gegen Polen liegen für jeden Kenner der Verhältnisse freilich auf der Hand.

Die 3. Internationale hofft nämlich durch das nationalistische Wüten der Polen Deutschlands Lage zu verschlimmern, daneben aber auch durch Abwehrmaßnahmen von der Art der Freikorps einen ähnlichen Chauvinismus auf deutscher Seite nachzurufen. Immer in der Erwartung, die nationalistiche Bewegung in eine bolschewistische überleiten zu können. In diesem Zweck sind Verfügungen erlassen worden, um vor allem in die Reihen der deutschen Kämpfer in Schlesien bolschewistische Elemente zu bringen. Die bolschewistischen Agenten will man dann mit reichlicher Propagandaliteratur ausstatten, bolschewistische „Atiegende Zellen“ schaffen, die ihre Anordnungen aus Prag und Breslau erhalten sollen, nebenher aber die Selbständigkeit der Unterabteilungen ausdrücklich wahren. Zugleich mit den englischen Truppen sollen aus Köln erfahrene Bolschewisten in Schlesien eintreffen, was nicht zu verstanden werden darf, als wenn unter den englischen Truppen Agenten der 3. Internationale sich befinden. Immerhin wird man annehmen dürfen, daß die Bolschewisten auch im besetzten Gebiet in ihrer Arbeit weiter gediehen sind, als man bisher allgemein geglaubt hat. Am 5. Juni ist die 3. Internationale zu einem Kongress in Moskau zusammengetreten. Diese Beschlüsse werden von größter Bedeutung für die nächste Zukunft sein. Soviel wissen wir schon jetzt, daß dort das größte Gewicht auf die „Arbeit“ in Kleinasien, Kleinasien und Indien gelegt werden wird; die Bolschewisten behaupten, daß sie jeder Zeit den Aufstand in Indien beginnen lassen können, sie glauben aber mit den letzten Maßnahmen warten zu müssen, um die Lage in anderen mohomedanischen Ländern der Situation in Indien anzugleichen. Die Bolschewisten sind schon seit langem der Ansicht, daß die bürgerlichen Staaten vom Osten her aufgerollt werden müssen, sie schätzen offensichtlich die Kräfte Englands nicht mehr hoch ein.

Immer klarer tritt die Ueberzeugung der Bolschewisten hervor, durch den Handelsvertrag mit England einen großen Schritt vorwärts getan zu haben. Ein führender Bolschewist äußerte kürzlich mit unmissbarer Offenheit, daß die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen (Kaufsteuer, Staatskapitalismus u. dgl.) das in Asien liegende Russland zu weit wieder kräftigen sollen, um von neuem als Basis für die Ausbreitung der Weltrevolution zu dienen. Auf alle Fälle wird es sich empfehlen, in Deutschland die Augen wach zu halten.

Ein neues Komplotz in Russland.

London, 27. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Neuak, daß in Russland ein großes Komplotz gegen die Sowjetregierung entdeckt worden sei, das den Zweck verfolgt, eine neue Koalitionsregierung zwischen Lenin und den gemäßigten Kommunisten auf der einen Seite und den bürgerlichen

und sozialistisch-antibolschewistischen Gruppen auf der anderen Seite zustande zu bringen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Churchill und wir.

Von Ministerialdirektor a. D. Deutscher.

Churchill hat sich durch seine bekannte Rede für den Frieden Europas ohne Zweifel ein großes Verdienst erworben. Es wäre kleinlich, an den Einzelheiten seiner Ausführungen herumzumädeln. Wir brauchen uns auch nicht mißtrauisch allerlei Gedanken darüber zu machen, ob England etwa besondere Vorteile von der europäischen Verständigung haben würde. Kommt sie zustande, dann ist sie für alle daran beteiligten Länder segensreich. Die Formel des britischen Staatsmannes: „Treu gegenüber Frankreich und nicht ungerecht gegenüber Deutschland“ war wohl die beste, die von ihm in der gegenwärtigen Lage geprägt werden konnte. Mehr als Gerechtigkeit verlangt man in Deutschland nicht, und eine Voderung des britisch-französischen Einvernehmens wäre für uns kein Nutzen, sondern ein Schaden. Da wir den Krieg nun einmal verloren haben, ist es immer noch besser, wenigstens einer geschlossenen Siegergruppe gegenüberzutreten, als obendrein für Zwistigkeiten unter den fremden Mächten zu büßen.

Deutschland ist denn auch schon aus diesem Grunde genötigt, die Verständigungsfrage mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Sie berührt in England und erst recht in Frankreich empfindliche Stellen. Höben wie drüben ist sie zudem durchaus keine bloße Frage der äußeren, sondern zugleich eine Frage der inneren Politik. Wir handeln also bis auf weiteres wohl am vernünftigsten, wenn wir vor allem bemüht sind, beiden Ländern die Annäherung an Deutschland noch beghrenswert zu machen, als Churchill sie zu beurteilen scheint. Das läßt sich nicht mit Hilfe von Anweisungen erreichen. Die würden ziemlich sicher das Gegenteil dessen bewirken, worauf es uns ankommt. Noch weniger würde die Sache gefördert, wenn wir uns in Betrachtungen darüber ergängen, was man unter der Gerechtigkeit zu verstehen hätte, die Deutschland beanspruchen kann. Davon läßt sich später noch reden. Es genügt vollkommen, zunächst einmal allen weiteren Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken und im übrigen den Beweis zu führen, daß Deutschland politisch, wirtschaftlich, kulturell, kurzum in jeder Hinsicht für Frankreich und England um so wertvoller ist, je mehr es von ihnen in Frieden gelassen wird.

Verständigungs- oder gar Bündnisfähig für Fremde werden wir immer höchstens in demselben Maße sein, wie wir uns unter einander verständigen und verbünden. Mit einem Volk von Krakelelern lassen sich andere Völker nur ungern ein, und wenn sie sich mit ihm einlassen, dann geschieht es auf keine Kosten. Ein Land, wo zu wenig geleistet wird, hat auch zu wenig Anspruch auf Gegenleistungen. Andere Länder helfen ihm also nicht, sondern heuten es aus. Mit Jammern und mit Protesten ist da gar nichts zu machen. Wer keine Kriegswaffen hat, sich aber trotzdem seiner Dant wehren will, der muß sich anderer Waffen bedienen, und wenn er die hat, dann findet er sie. Das ist allerdings recht schwierig, aber man lernt es schon, wenn man sich Mühe gibt. Die sogenannten geschigten Waffen sind keine Worte, sondern Erzeugnisse geistiger Arbeit, aus denen sich dann auch wirtschaftliche Maß-

nahmen herstellen lassen, wenn die körperliche Arbeit hinzukommt. Verständigung ohne Bestand ist unmöglich. Mit Bestand gelingt sie selbst da, wo der eine Teil daran arm ist, nur muß dann eben der andere Teil desto reicher daran sein.

Auf dem Papier ist der Krieg beendet. In Wirklichkeit dauert er aber, wie wir ja wissen, noch fort. Deutschland kämpft jetzt einen Befreiungskampf anderer Art als den, der vor mehr als einem Jahrhundert siegreich geführt worden ist. Wir werden auch den gegenwärtigen schließlich gewinnen und zwar um so früher, je besser wir unseren Gegnern klar machen, daß sie selber ihn trotzdem nicht verlieren. Churchill hat behauptet, wir seien immer noch ein mächtiges Volk. Er kann damit nicht gemeint haben, daß wir nach wie vor eine Militärmacht wären. Unfimm redet er nicht. Bestimmt sich Deutschland, dann muß er recht behalten.

Auswärtige Staaten.

Zur Lösung der irischen Frage.

London, 26. Juni. Der Kongress der Arbeiterpartei in Brighton hat vor seinem Schluß eine Resolution angenommen, die den Rückzug der englischen Truppen aus Irland und für dieses Land die unbeschränkte Freiheit verlangt, die ihm gesteht, die gewünschte Regierungsform zu wählen.

London, 27. Juni. (Via Drahtbericht.) Sir James Craig hat sofort Lord George den Empfang seines Briefes bekräftigt und seine Kollegen auf den morgigen Dienstag eingeladen, um einen Beschluß zu fassen. De Valera wird sich mit den Führern der irischen Nationalversammlung verständigen müssen, was sehr erschwert ist durch die Tatsache, daß die meisten von ihnen im Gefängnis sind. Man glaubt jedoch, daß die Aufgabe von der englischen Regierung sehr erleichtert wird.

Französische Pressestimmen.

Paris, 27. Juni. Leon Blum schreibt im „Populaire“: „Die Zahl der Holzhäuser, die wir aus Deutschland beziehen sollen, wird geringer sein als man angenommen hatte, und man spricht von einer Änderung des Artikels 10 des Abkommens. Der Artikel 10 des Londoner Abkommens stellt den jährlichen Warenlieferungen Deutschlands eine Grenze. Soll das Amsterdamer Programm ausführbar werden, soll wenigstens das Regierungsprogramm das Amsterdamer Programm einleiten, dann muß vor allem dieser Artikel 10 abgeändert werden. Ist man dazu geneigt?“

Eugène Lantier im „Homme Libre“ schreibt: „Gewiß, man muß alles tun, um die deutsch-französischen Beziehungen zu bessern. Doch um solche eine Aufgabe zu lösen, müssen zwei daran arbeiten: wir und die Deutschen. Ueberdies sollte man nicht vergessen, daß etwas Dauerhaftes nicht unvorberetet veranlaßt werden kann. Endlich muß man sich sorgfältig davor hüten, zu schnell zu gehen, da irgend ein unvorhergesehener Umstand eine Reaktion verursachen könnte.“

Le Figaro schreibt im „Journal“: „Es wäre leichtsinnig, sich über den Geisteszustand Deutschlands zu täuschen. Dieses Land ist in seiner überwiegenden Mehrheit revanchelustig und all sein Treiben zielt auf Revanche. Eine Zeitung hat vor einigen Tagen unter der Ueberschrift: „Einer im Namen Aller“ einen schwer beleidigenden Brief veröffentlicht. Dieser Brief war äußerst gefällig-

kein Offizier, kein Geschäftsmann, kein Journalist, der einige Zeit in Deutschland gewohnt hat, bringt eine andere Meinung zurück. Alle sind überzeugt, daß die Revanche die allgemeine Bestimmung ist. Taub und blind, wer das nicht sieht.“

Ein Abkommen der Allierten mit den Türken?

Paris, 27. Juni. Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet, daß in Ungarn, wo sich gegenwärtig eine englische, eine italienische und eine französische Delegation befinden, bei der sich auch unauffällig ein griechischer Unterhändler aufhalten soll, der Abschluß eines Abkommens mit den Türken bevorsteht. Engländer seien folgende Bedingungen gestellt worden:

1. Annahme des von Bekir Samir Bey unterzeichneten französisch-italienisch-türkischen Vertrages.
2. Freigabe der englischen Gefangenen.
3. Öffnung der anatolischen Häfen für die britische Schifffahrt.
4. Genehmigung für die Durchführung eines britischen Schiffes.
5. Wiederherstellung der englischen Rechte in der Türkei.

Griechenland kämpft weiter.

Athen, 27. Juni. Kriegsminister Theodoris hat einen Vertreter der Agence Radio folgende Mitteilungen gemacht: „Wir und die Alliierten sind uns darüber einig, daß der Frieden im Osten wieder hergestellt werden muß. Aber wie? Wir möchten die Interessen der Alliierten soweit wie möglich verteidigen, dürfen aber auch nicht die Interessen Griechenlands und Europas im Interesse eines wahren Friedens vergessen. Wir stehen einer Türkei gegenüber, die ihre Niederlagen nicht anerkennen will. Die Alliierten haben gefiegt und an dem Siege hat auch Griechenland mit all seiner Kraft mitgewirkt. Nach dem Friedensvertrag haben die Alliierten die Waffen niedergelegt und Griechenland steht allein im Osten als Vollzieher des Sieges. Wir dürfen die Waffen nicht niederlegen, solange der Friede nicht gesichert ist. Wenn wir heute die Waffen niederlegen, würde nichtsdestoweniger Kleinasien vom Kriege vernichtet werden. Deshalb dürfen wir die militärischen Operationen nicht aufgeben. Unsere Offensivve wird zur festgesetzten Stunde beginnen. Unser Verdacht wäre als eine Kapitulation anzusehen und würde das Signal für neue Niedermetlungen von Christen und für einen neuen Bürgerkrieg sein, dessen Folgen niemand ermessen könnte.“ Der Minister glaubt an den griechischen Sieg. Er hat von seinem letzten Besuch an der Front den besten Eindruck zurückgebracht.

Bei sprödem Barthaar

und empfindlicher Haut zeigt sich beim Källeren so recht die wohltuende, haareweichende Wirkung der neuen Haarseife „Leosira“. Ueberzeugen Sie sich von der Sparbarkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu M. 3.— für monatlichen Gebrauch. So Sie die bekannte Chlorodont-Jahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Haarseife. Preis: 1 Pfund mit einer Original-Packung 3 Pfund. Laboratorium der Seifenfabrik von M. 3.— Laboratorium Leo, Abt. 36, Dresden-N. 6.

Heidelberger Komödie.

An der dem Heidelberger Bahnhof zunächst liegenden Anschlagtaule ist der Theaterzettel nicht zu finden. Nun, das Verkehrsbüro ist ganz in der Nähe. Auch hier fehlt er. Die Räume sind am Sonntagmittag geschlossen, und so fehlt man denn in der weltberühmten Fremdenstadt am Neckar dort un und windet sich die Hauptstraße bis zur nächsten Anschlagtaule hinan.

Ein Turnverein mit Knaben, Jünglingen und Männern singt einher. Die Melodie kommt mir merkwürdig bekannt vor und doch ist sie anders. Ich hörte sie im Krieg aus einem Grammophon in meinem Kaoner Quartier zum erstenmal so, wie die Franzosen sie singen: in rasendem Rhythmus mit Gellen und Jauchzen, begleitet von Clairons und Trommeln und überstrahlt von einem Sings der großen Pariser Oper. Dagegen verschwand selbst die Schumannsche Fassung in den „Weiden Grenadiere“. Was aber da der Verein unter der bürgerlichwarmen schwarzrotgoldenen Fahne sang, klang wohl in den Herzen radikal revolutionär, aber die Marschallaise war es trotz der Notendernahme nicht. Es hatte Tempo und Haltung eines Posaunenchor's vom Jünglingsverein in Sauningen. Das Betrüblische ist aber natürlich nicht die Entstehung der fremden Feuermelodie, sondern die eine namenlose Scham hervorruhende Tatsache, daß das musikalische Volk der Erde eine französische Melodie übernimmt, um seinen heftigsten Zukunfts- und Freiheitswünschen Ausdruck zu verleihen. Lange quälte mich die Vorstellung, daß etwa von Wiesbaden herübergekommene Franzosen diese in jeder Beziehung grauenhafte Schwäche des deutschen Volkes mit Hochmut und Hohn miterleben konnten.

Das Theaterden war, wie immer, dicht besetzt mit einer gespannten Hörerschaft, um die man die Heidelberger Schauspielerektion beneiden mußte. Etwa fünfmal gab die Klingel das allerletzte Zeichen zum Beginn der Vorstellung, dann fing sie tatsächlich an. Doch was ist das? Im Parkett und auf den Emporen des Zuschauerraums sitzen Gruppen in Theaterbiedermaierkleidern. Ein erregtes Debattieren hebt an, der Vorhang geht darüber auf, die Kapelle in roten Uniformen nimmt Platz, während ein galloniierter Diener die Orchesterlampen anzündet. Aus dem leidenschaftlichen Gerede mit fröhlichem Frauenkreischen dazwischen erkennt man endlich eine überaus bewegte Kritik an Theaterpielen. Man will endlich selber Einfluß auf die Theatermacher ausüben und den Geschmacksarcopos wie-

len. Der Dichter selbst im grünen Grad auf der allmählich geöffneten Bühne (die kurz vorher im Schattenbild den Autor in angestrengtem Dichten am Schreibtisch vorgeführt hat) ringt verzweifelt die Hände und verspricht, alle Ansprüche zu befriedigen. Das Spiel kann beginnen.

Nun muß ich doch endlich den Zettel studieren. Kollege Goldschmidt hat lediglich telephoniert: „Kommen Sie herüber, es lohnt sich.“ Auf dem Programm stand nun des Häfels Lösung: Der gekieselte Kater. Ein Kindermärchen (für Erwachsene) mit Zwischenspielen, einem Prologe und Epiloge von Johann Lind. U. d. A. Also das Armin- und Brentanumschwungene Heidelberg füllte den Hippogryppen zum Mitt ins romantische Land und gab nicht ohne heutige Zeitbeziehung die romantisch-ironische Komödie des fast vergessenen Führers der Blauen Blumendichter. Fürwahr ein artiger literar- und theaterhistorischer Witz der besessenen Heidelberger Bühne, die wachen Auges und hellen Sinnes als sozusagen badißes dramaturgisches Gewissen die Vorgänge, wie sie besonders aus dem benachbarten Darmstädter Theater unter Hartung verlaufen, verfolgt und, wie heuer gesehen, in nicht läbler Weise überblüht.

Der Ablauf der Komödie selbst war unter der übermäßig kraftvollen Regie von Paul Peter's fürtrefflich geübt und dargestellt, mit tausend wirksamen Humoren beleuchtet und mit einem Heer von Akteuren glücklich hinausgeführt worden. Der parodische, im Stück begründete Stil kam zahlreich dilettantischen Leistungen von sich aus artgerecht entgegen. Kunst und Banalentum quirkte in einem köstlichen Gegenfessel zusammen: die Inszenierung des Experimentes war gelungen, die Gefahr eines Theaterstaudals, wie er bei einem nicht mitehenden Publikum drohend nahe lag, beschworen worden, der Abend voll geseht. „Der gekieselte Kater“ selbst war nebenhächlich, die Zeitanpielungen auf Kothebue, Pfand und gemiß noch hundert andere verschollene Kollegen Tiedts versehen wohl nur sünftige Literaturprofessoren und auch dann nur, wenn sie mit einem Doktoranden das entsprechende Thema durchsprühen. Unserem Durchschnittstheatergänger klingt nur aus der eigenen Romantik, die jeder deutsche Jüngling in den letzten Schuljahren mehr oder minder nachempfindend sich anliest und manamal erlebt, das Tiedtsche Wort von der „mondbeglänzten Zaubernacht“ heraus. Und ein paar Reclamabändchen, von denen man sich nicht trennen mag und sie daher wenigstens in einer alten Kiste auf dem Speicher aufbewahrt, halten „Die Gesell-

schaft vom Lande“ oder „Franz Sternbald“ hold- verschießt im Gedächtnis. Was aber überzeitlich in der Komödie Tiedts ist, wirkt und gibt bis auf den Tag heitere Parallelen. So manches ist eben doch wie einst. Und wo nun gar in Darmstadt der Dumas-Ghymid das Witzpielen des ohne Sage agierenden Publikums in seinem „Kean“ wiederzuleben versucht, bedeutet die Heidelberger Komödie ein famoses Glorifizieren von Zeitmoden. Alle Gärungen in der Geschichte der Dichtung, wie sie ganz ausgeprägt die Bewegung der Romantik zeigte, kehren im Kern immer wieder, wo Jugend sich aufschütt, neues Land zu gewinnen. Was man sonst mühsam aus stauffischen Wäldern stopfeln muß, hat das Heidelberger Stadttheater in einem ergötlichen, lebendigen Beispiel vor Augen geführt. Dafür Anerkennung und Dank für den literaturwichtigen Abend. Nur die Arie aus der Zaubersflöte — an sich prächtig farrifiziert — schmerzte. Das verfloß aber wieder, denn das Bildnis Mozarts ist noch heübernd schön, wenn man von Kubwig Tied auch nicht mal mehr aus Künstlerlaune und Anselgelenheit in Heidelberg Komödie spielt. Karl Joho.

Badisches Landestheater.

Die erste Wiederholung von Max Steidels „Walpurgisnacht“, zu der sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte, vertiefte noch die starken Eindrücke der Uraufführung. Aufs Neue erkannte man, daß Steidel in dieser seiner ersten Oper teiglich und musikalisch eine durch Eigenart ausgezeichnete, wertvolle und weitest Verbreitung würdige Oper geschaffen hat. Die Aufführung, die Operndirektor Fritz Cortolozis mit großer Hingabe leitete, hatte noch an Gesellschenschaft und Intensität gewonnen. Vor allem war der Klang des Instrumentalorchesters dieses mal noch voller, leuchtender als bei der Uraufführung; die verständnisreiche Orchesterbehandlung Steidels zeigte sich nun erst ganz. Da auch die Solisten, an ihrer Spitze die hervorragenden Vertreter der beiden Hauptpartien: Hete Stecher und Helmuth Neugebauer, wiederum ganz auf der Höhe ihrer Aufgaben standen, war die Wirkung des Werkes außerordentlich stark. Es brachte Max Steidel, der am Schluß wieder mehrmals vor den Vorhang gerufen wurde, und seinen treuen Helfern herzlichen Beifall.

Am Sonntag ging der dritte Ring-Zyklus dieser Spielzeit mit einer padenden Aufführung der „Gitterdämmerung“ zu Ende. Die oelanglich und darstellerisch gleich vollendete

Brünnhilde von Maria Lorenz-Höllisch er righ immer wieder zur Bewunderung hin. Eine Leistung voll Größe und Leidenschaft, für die kein Wort der Anerkennung zu hoch ist. Besonders deren Interesse begegnete uns neuer Seldentenor Willy Jilken als Siegfried. Seine Stimme ist nicht übermäßig groß, hat in der Mittellage wenig Klangkraft, doch weiß Jilken sich geschickt über die Mängel seines Dragens hinwegzuhelfen und die Höhepunkte wirksam zu gestalten. Höher zu bewerten ist Jilken's Spiel; es war reich an interessanten Einzelheiten und ließ den intelligenten Darsteller erkennen. So war besonders die Sterbezene sehr ergreifend. Ebenfalls neu war in dieser Vorstellung die Waltraute von Gertrud Leibiger; eine Leistung, die aufs Neue die glänzenden Fähigkeiten dieser jungen Künstlerin erwies. Mit großer Sicherheit und eindringlichem, gefühlsstarkem Vortrag sang sie die schwierige Partie; ihr ungewöhnlich schöner, langgestimmter Alt trat auch in dieser Aufgabe wieder voll in Erscheinung. Als Gäste brachte die Vorstellung Frida Meyer vom Landestheater in Darmstadt, eine ansprechende Gutruhe, und Jan van Gorkom, der an Stelle des erkrankten Rudolf Malv-Motta den Gunter wirkungsvoll sang. Von unseren Künstlern sind mit besonderem Lob Karl Giesen (Hagen) und Alfred Glah (Alberich) zu nennen. Alfred Lorenz leitete die Aufführung mit hinreichendem Temperament. Das Publikum zeichnete vornehmlich Maria Lorenz-Höllisch durch begeisterten Beifall aus; auch Alfred Lorenz konnte sich vor dem Vorhang für die ihm geollte Anerkennung bedanken. S. Bd.

Mitteilung der Intendanz: Für die diesjährige Operettenspielzeit im Städt. Konzerthaus, die am Sonntag, den 3. Juli, mit dem „Lebten Walzer“ von Oskar Straus eröffnet wird, wurden noch die folgenden Neuheiten zu hiesigen Uraufführung erworben: 1. „Die Frau im Hermelin“ von Jean Gilbert; 2. „Das Hollandweibchen“ von Emmerich Kalman; 3. „Die Tanzgräfin“ von Robert Stolz und 4. „Der Vielgeliebte“ von Eouard Künneke. Diese Werke erschienen in der verfloffenen Spielzeit mit nachhaltigem Erfolge auf sämtlichen namhaften deutschen Operettentheatern. — Besonders Interesse darf auch die geplante Neueinspielung der seit langen Jahren nicht mehr gegebenen Operette „Die Geisha“ von Arthur Sullivan beanspruchen. Von älteren Operetten sollen zunächst „Der Vogelkändler“ und „Der Graf von Luxemburg“ in den Spielplan wieder aufgenommen werden.

e. Basel, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Pariser Bericht der „Valler Nachrichten“ wird es in Paris nach der Ablehnung der Vermittlungsaktion der Alliierten durch Griechenland als wahrscheinlich angesehen, daß die Mächte dem Krieg zwischen den Türken und Griechen untätig zusehen werden, in der Hoffnung, daß sowohl die Türken als auch die Griechen bald kampfmüde werden und dann für eine Vermittlung der Mächte zu haben sind.

Niederlage der Griechen. (Eigener Drahtbericht.)

w. Paris, 27. Juni. Wie die Havasagentur aus Konstantinopel meldet, sind die griechischen Truppen bei Adabats Sabanta geslagen worden und haben sich auf Iznik zurückziehen müssen. Auch Iznik sei am 24. ds. Mts. von den Türken besetzt worden. Die Bewohner von Iznik werden von einem englischen Kreuzer an Bord genommen.

Amerikanische Sozialisten gegen die dritte Internationale. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 27. Juni. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Detroit hat der dort tagende Kongreß der sozialdemokratischen Partei Amerikas mit 34 gegen 4 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt.

Ungarn und Oberschlesien.

(Von unserem Korrespondenten.)

G. A. Sch. Budapest, 16. Juni.

Der Verlauf der Ereignisse in Oberschlesien, die leicht zu einer Katastrophe führen können, wenn den Hauptgefahren des polnischen Vandalentums Koronarität nicht bald in energischer Weise ein Ende bereitet wird, wird auch hier mit großem Interesse verfolgt. Wir haben schon in unseren früheren Artikeln darauf hingewiesen, daß in dem langjährigen freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Ungarn und Deutschland auch jetzt unter dem neuen Kurs hier durchgehende keine Abnahme, ja vielmehr noch eine weitere Zunahme zu konstatieren ist. Der fast fünfjährige gemeinsame Durchhalten auch das gemeinsame erfolgreiche Durchhalten auch in den schwersten Zeiten hat diese beiden kriegserprobten Völker jetzt so recht nahe einander gebracht, und wohl niemals und von keiner Uebermacht wären die deutsch-ungarischen Seere besetzt worden, wenn man ihnen nicht in den Rücken gefallen wäre und ihnen nicht die bis zum Schluß siegreichen Waffen entzogen hätte! Die eisenfeste deutsch-ungarische Waffenbrüderschaft hat sich damals notgedrungen auflösen müssen, geliebte aber ist die alte deutsch-ungarische Freundschaft, und so ist es erklärlich, daß Ungarn auch jetzt in bezug auf die zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien sich abspielenden Kämpfe mit seinen Gefühlen auf der Seite Deutschlands steht.

Dies muß schon deshalb umso höher anerkannt werden, als es ja auch, wie man weiß, eine alte, traditionelle ungarisch-polnische Freundschaft gibt, die auf viele Jahrhunderte zurückreicht, als noch polnische Könige in Ungarn herrschten. In der gesamten öffentlichen Meinung Ungarns und in der ungarischen Presse ist aber, seitdem Deutschland in Oberschlesien von den Polen so hart bedrängt wird, von der ungarisch-polnischen Freundschaft nichts mehr zu bemerken. Es wäre gewiß zu viel gesagt, zu behaupten, daß sie verschwunden sei, aber das strenge magyarische Gerochigkeitsgefühl bäumt sich unwillkürlich gegen die ungerechten Gewaltakte auf, die die Polen jetzt auf deutschem Boden gegen die früheren deutschen Waffenbrüder der Ungarn begehen! Wenn auch zwischen Ungarn und Polen, wie vorhin erwähnt, aus vergangenen Zeiten der gewisse freundschaftliche Bande bestehen mögen, so gehen dieselben gewiß nicht so weit, daß man hier ein polnisches Oberschlesien wünschen würde. Ungarn hat nur für ein deutsches Oberschlesien Interesse, ja ein solches bildet für Ungarn sogar gewissermaßen eine Wegengfrage, denn man weiß es hier sehr gut, daß trotz der ungarisch-polnischen „Freundschaft“ aus einem polnischen Oberschlesien die Kohlenlieferungen von dort hierher ausbleiben würden.

Man darf sich nicht darüber wundern, daß das offizielle Ungarn es aus gewissen naheliegenden Gründen unterläßt, zu den deutsch-polnischen Ereignissen in Oberschlesien nach einer bestimmten Richtung hin Stellung zu nehmen. Schon aus den Äußerungen der ungarischen Presse, auch der der Regierung nahestehenden, vermag man es deutlich zu ersehen, daß in Anbetracht der jetzigen unerhörten Vorgänge in Oberschlesien die tiefsten Sympathien für die „polnischen Brüder“ täglich mehr schwinden, und daß man hier nur den Wunsch hegt, Deutschland möge bald wieder in den ungeschmälernten Besitz Oberschlesiens gelangen.

Schließlich sei noch zur Charakterisierung der hiesigen Stimmung gegen Deutschland folgende nette kleine Szene erwähnt, deren Augenzeuge kürzlich Schreiber dieser Zeilen war:

Es war an einem der letzten Abende in einem hiesigen großen Kaffeehause, wo sich auch regelmäßig eine große Zahl von Offizieren der „Nationalen Armee“ zu versammeln pflegt. Die konzertierende Zigeuner-Kapelle hatte gerade ein ungarisches Lied beendet, als plötzlich aus den Reihen des Publikums der Wunsch laut wurde, deutsche Nationallieder zu hören. Und über eine Stunde lang spielten nun die Zigeuner deutsche Volkslieder, u. a. auch die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“, das lebend vom Publikum mitgeführt wurde! Aber man hörte keinen einzigen Wunsch nach einem polnischen Nationallied laut werden.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 8 Uhr. Das Gesuch des Reichsministeriums des Innern um Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Hillein (Komm.) wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Gemäß dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses verläßt das Haus die Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Hildebrandt.

In der fortgeführten zweiten Beratung des

Nachtragsetats

wird der Etat des Reichsministeriums für den Wiederaufbau ohne Ansprache angenommen, ebenso der Etat des Reichsarbeitsministeriums. Doch wird dabei ein Antrag des

Abg. Hoch (Soz.) angenommen, der eine Million auswirft als Beihilfe zur Schulung von Betriebsratsmitgliedern.

Das Etat des Reichsverkehrsministeriums wird gleichfalls angenommen, ebenso die Entschliessungen des Ausschusses.

Es folgt die Beratung des beschleunigten Antrages der Rechte, des Zentrums und der Demokraten über die Aukerkräftigung der Anordnung über

die deutsche Flagge

vom 11. April 1921.

Abg. Gildemeister (D. Vp.): Für die Erhaltung der deutschen Handelsflagge Schwarz-weiß-rot ohne Beeinträchtigung der Reichsfarben haben sich alle beteiligten Kreise, Reedereien, Handel und alle Auslandsdeutsche einmütig ausgesprochen. Die neue Flagge würde den überseeischen Wiederaufbau gefährden.

Abg. David (Soz.): Der Antrag ist ein Vorstoß gegen die Verfassung. Die Gesamtheit des Volks hat ein Interesse daran, daß auch die Farben der Republik draußen geehrt werden. Die deutschen Waren werden draußen nach ihrer Dualität beurteilt und nicht nach den Farben, unter denen sie ankommen. Es handelt sich hier im Grunde um den Kampf für die Flagge der Monarchie gegen die Flagge der Republik. Die Farben Schwarz-rot-gold sind seit 1813 und seit der deutschen Bürgerkriegszeit mit dem deutschen Einheitsgedanken auf das engste verknüpft. Nach Weimar wurde Schwarz-weiß-rot die ausgeprägte Kampffarbe gegen die Republik und für die Monarchie. (Lärm rechts, lärmende Zurufe links. Glode des Präsidenten.) Über keiner von denen, die heute so große Töne reden, hatten 1918 den Mut, die schwarz-weiß-rote Fahne zu emporheben. Wir müssen gegenwärtig alles vermeiden, was der Entente gegenüber so vollkommen könnte, wie der Anfang einer Rückkehr zur Monarchie.

Abg. Braun (Soz.) meint, daß der Antrag als eine Abänderung der Verfassung angesehen werden müsse. Mit dieser Frage werde sich möglichst rasch noch der Staatsgerichtshof befassen müssen.

Abg. Oberfahren (D.-N.): Die Frage ist rein flaggenrechtlich. Für die rein schwarz-weiß-rote Handelsflagge haben sich alle seemannischen Kreise ausgesprochen, darunter die sozialdemokratischen Senatoren von Hamburg und Lübeck, die Arbeitnehmer der Reedereien, unter denen sich sogar Kommunisten befinden. Mit einer Aenderung der Handelsflagge würden wir uns vor aller Welt lächerlich machen.

Abg. Breitscheid (U.S.): Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Die Verordnung des Oberpräsidenten ist an sich schon verfassungswidrig. An sich ist für uns die Frage der Farben von geringer Bedeutung. Es würde Sie mehr ehren, wenn Sie offen anerkennen würden: Wir wollen das Symbol der Republik, die uns verhaftet ist, schützen. Der Antrag ist ein Symbol dafür, daß es die Demokratie nach rechts zieht. Rufen Sie doch täglich auf den Knien vor der Deutschen Volkspartei herum mit der Bitte, sie möge in die Regierung eintreten. Der Antrag beweist, daß die Rechtgruppen Oberwasser zu haben glauben.

Abg. Barz (Komm.): Kapital stellt sich zum Kapital. Das beweist die Haltung der Demokratie in dieser Frage. Die Antragsteller spielen Versteck. In Wahrheit wollen sie das wenige, das an die Republik erinnert, beseitigen.

Abg. Daub (D.Vp.): Die weitaus größte Zahl der Auslandsdeutschen bittet uns, keinen Flaggenwechsel vorzunehmen.

Abg. Helle (Dem.): Wir sind gegen die Verunglimpfung der Fahne der Republik von Seiten der monarchistischen Partei. Es handelt sich hier um die Handelsflagge. Es ist Sache politischer Demagogie, unsere Stellungnahme zu dieser technischen Frage politisch auszunutzen. (Lärm links.)

Abg. Breitscheid (U.S.): Im Prinzip sind Sie Demokraten, in der Sache nicht, „Der Geist ist willig um“.

Abg. Dr. Koch (Dem.): In Weimar war der weitaus größte Teil der Demokraten für Schwarz-weiß-rot; mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Bedenken aller Sachverständigen stimmen wir für den Antrag.

Abg. Gildemeister (D. Vp.) betreibt, daß der Antrag eine Verfassungsänderung einschließt. Seitens der Rechte wird namentlich die Abstimmung beantragt.

Abg. Redebour (U.S.): Da der Antrag eine Verfassungsänderung bezweckt, muß bei der Abstimmung zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sein und zwei Drittel dafür stimmen.

Anwesend sind und stimmen ab 246 Abgeordnete, davon 120 für und 121 gegen den Antrag bei 5 Stimmenthaltung. Danach bleibt also die Anordnung des Reichspräsidenten in Geltung, wonach die Handelsflagge Schwarz-weiß-rot mit Enteneinzierungen in den Reichsfarben unwehrend ausgeführt wird.

Ein Antrag über Gleichstellung der Frauen in der Justiz wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. Anfragen, Nachtragsetat. Schluß 7 Uhr.

*

Entwaffnung und Ausnahmezustand.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Berlin, 27. Juni. Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, daß das Reichswehrministerium eine Bedrohung der ostpreussischen Grenze auch für möglich halte. Der Kanzler habe sich dafür eingesetzt, daß bald der Abbau des Ausnahmezustandes erreicht werden möge. Die Regierung sei durchaus gewillt, an dieser Forderung festzuhalten, aber es lasse sich nicht verkennen, daß der Weg ein schwieriger sei. In der Provinz Sachsen sehe der Oberpräsident auf dem Standpunkt, daß in gewissen Teilen der Provinz die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes noch nicht empfehlenswert sei. In Bayern sei die Befreiungsprobe sehr schwerwiegend. Aber auch hier wird man, sobald die Entwaffnungs- und die Auflösungsfrage gelöst sei, zu einer normalen Lage zurückkehren können. Hinsichtlich der Organe sei es auf Grund des Ultimatus selbstverständliche Pflicht der Landesregierungen, die nötigen Schritte zu tun, um zur Durchführung der Bestimmungen zu gelangen. Die Strafbestimmungen beruhen auf dem Gesetze vom 22. März. Der Minister betonte dann nochmals, daß diese von der Reichsregierung in Württemberg überhaupt nicht veranlaßt worden sei und daß der Ausnahmezustand dort nicht bestehe.

Badischer Landtag.

Die Ortsklasseneinteilung. — Der Mündener Generalkreis und die „Karlsruher Zeitung.“ — Gesuche.

t. Karlsruhe, 27. Juni. Präsident Dr. Kopf eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Eine kurze Anfrage Dr. Kraus (Soz.) verlangt Auskunft, ob die Regierung bereit ist, Heidelberg in die Ortsklasse A einzureihen. Heidelberg markiert hinsichtlich der Feuerungsverhältnisse an der Spitze der badischen Städte. Es scheint, daß bei Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses in erster Reihe die Einwohnerzahl maßgebend ist, während die Feuerung aber durch ganz andere Faktoren bestimmt wird.

Finanzminister Köhler: Der Ortsklasseneinteilung wurden die Feuerungs- und nicht die Einwohnerzahlen zugrunde gelegt. Die neuen Feuerungsstellen dürften nach den bisherigen Feststellungen eine Erhöhung erfahren. Die badische Regierung wird ihr Möglichstes tun, um bei der Aufstellung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses ein den Tatsachen Rechnung tragendes Ortsklassenverzeichnis zu erhalten. Im Anschluß hieran machte der Minister noch allgemeine Bemerkungen zu diesem Gegenstand. Die Regierung hält die vorläufige Ortsklasseneinteilung für ungenügend. Es muß auf Baden als Grenzland Rücksicht genommen werden und darauf, daß es viele Kur- und Badeorte besitzt. Die Anträge Badens im Reichsrat auf Aenderung des Verzeichnisses wurden abgelehnt. Eine Neuregelung ist dringend notwendig. Erforderlich sind: 1. Beseitigung der Staffelung der Feuerungszuschläge und 2. Verringerung der Zahl der Ortsklassen von 5 auf 3: 1. Klasse Großstädte; 2. Klasse die große Zahl der übrigen Gemeinden; die 3. Klasse die billigen Dorfgemeinden.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.) fragt an, welche Vorkehrungen die Regierung getroffen habe oder treffen werde, um Unruhen des Regierungsorgans, wie im Falle Garçis-München vorzubeugen.

Minister Kemmle: Die badische Regierung hat nur Anspruch auf den Titel „Karlsruher Zeitung“. Auf die Anstellung der Redakteure hat sie keinen Einfluß; diese sind aber der Regierung für den Inhalt der „Karlsruher Zeitung“ verantwortlich. Aus verschiedenen Gründen hat die Regierung seit der Ummäßung keine Vorschritte mehr gemacht. Die im Anschluß an die Ermordung des bayerischen Abgeordneten Garçis in der „Karlsruher Zeitung“ vorgekommene Entgleisung gab der Regierung Veranlassung, daß zu wichtigen politischen Tagesfragen der Redakteur nur noch im Benehmen mit dem Ministerium des Innern Stellung nehmen darf und auch der allgemeine Inhalt wieder der Aufsicht des Ministeriums des Innern unterstellt wird.

Zwei kurze Anfragen der Abg. Markloff (Soz.) und Großhans (Soz.) über die allgemeine Einführung der Sonntagsfahrkarten würden von einem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß eine Erweiterung nur mit besserer Betriebslage erfolgen könne. Von dem Finanzministerium werde alles getan, um eine Erweiterung der Sonntagsfahrkarten zu erreichen.

Das Haus trat sodann in die Tagesordnung ein. Die Beratung über den Gesetzentwurf über die Bundeselektrizitätsverforgung wurde von der Tagesordnung abgesehen, da die Vorarbeiten des Haushaltsausschusses noch nicht abgeschlossen sind.

Es folgte eine Reihe Gesuche. Das Gesuch des Verbandes Deutscher Architekten und Ingenieure über die stärkere Heranziehung der Techniker in leitende Stellungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wurde der Regierung als Material überwiesen. Das Gesuch des Zentralverbandes der Frauenvereine und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe, Fahrpreisermäßigung zu der in Karlsruhe stattfindenden Gau-

konferenz zu gewähren, wurde durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt.

Nachdem noch persönliche Gesuche erledigt waren, wurde um 6.30 Uhr abgebrochen und die Sitzung auf Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vertagt.

*

Dem Badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes über die Aufbesserung geringverdienender Pfarrer aus Staatsmitteln zugegangen. Ferner ging dem Landtag eine Reihe neuer Gesuche zu, die sich zum Teil auf den Besoldungstarif, zum Teil auf das Ortsklassenverzeichnis beziehen. Der Landesverband badischer Vikarvereine hat dem Landtag eine Entschliessung über die Wiedereinbringung des Grundstücksparagrafen vorgelegt.

Schule und Kirche.

Landeskirchliche Vereinigung.

Die diesjährige Landesversammlung der Landeskirchlichen Vereinigung findet unter Vorsitz von Stadtpfarrer und Universitätsprofessor D. Dr. Frommel-Heidelberg am Mittwoch, den 29. Juni, in Karlsruhe im Gemeindehaus der Weststadt (Blücherstraße) statt. Die Vorstandsitzung beginnt um 11 Uhr, die Mitgliederversammlung um 3 Uhr. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Geschäftsbericht des Vorstands, Bericht über die Finanzlage und Vereinsblatt, Vorstandswahl, Vortrag von Pfarrer D. Klein-Mannheim über das Thema: „Ist die Landeskirchliche Vereinigung eine neue Partei?“ Um 8 Uhr abends findet eine öffentliche Versammlung statt, in der Pfarrer Brandl von Stein, Redakteur der „Landeskirchlichen Blätter“, einen Vortrag über „Luthers Gemüt in seiner Bedeutung für die Gegenwart“ halten wird.

Letzte Nachrichten.

Der Rückzug des deutschen Selbstschutzes.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. Juni. Der Rückzug des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien vollzieht sich ohne Störung. Vereinzelt Versuche jüngerer Offiziere, sich dem Rückzugsbefehl des Generals Höfer entgegenzusetzen, wurden unterdrückt.

Wahl von Reichstagsabgeordneten in Schleswig-Holstein.

Aus Kiel wird uns gemeldet: Am Samstag nachmittag nahm der Provinzialausschuß für Schleswig-Holstein die Wahl von Reichstagsabgeordneten vor. Gewählt wurde der ehem. nationalliberale Landtagsabgeordnete Brauererberger Dr. Schifferer und als sein Vertreter der Lehrer Tönnes. Beide gehören der sogen. Wiederaufbauartei an, die über die gesamten bürgerlichen Stimmen des Provinzialausschusses verfügt. Der Gewählte vereinte auf sich sechs bürgerliche Stimmen. Auf den Sozialdemokraten Reiter bezog dessen Stellvertreter Scheibel entfielen vier Stimmen.

Falschmünzer vor dem Schwurgericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 27. Juni. Man meldet aus Wiesbaden: Das Schwurgericht beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit der großen Falschmünzeraffäre, bei der es sich um die Herstellung von polnischen Tausendmarkstücken in Höhe von 18 Millionen handelte. Verurteilt wurde ein Angeklagter zu 1 1/2 Jahren, sechs zu je 2 Jahren Gefängnis und die Urheber des Verbrechens, zwei Polen, zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Der als Zeuge geladene Kriminalbeamte Piebermann aus Sonnenberg mußte sofort nach der Verhandlung das besetzte Gebiet verlassen.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Zürich, 27. Juni. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mk. = 7.90 Gold 8.00 Brief Franken.

Joß's Amerikareise.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 27. Juni. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, begibt sich Marschall Joß erst am 7. Oktober nach Amerika.

t. Diederhosen, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Fliegerlieutenant Roudet war bei seinem Rückflug nach hier gezwungen, zur Orientierung niederzugehen. Beim Wiederaufstieg geriet er in eine Baumgruppe und wurde durch den abstürzenden Apparat erschüttert.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenblatt zu ersehen.)

Dienstag, 28. Juni.

Bundesbater. „Hänel und Gretel“ und „Klein Ibsen Blumen“, 6 1/2 Uhr. Stadtgarten. Johannis-Feier mit Doppelsonnert. Kunst-Gewerke und Feuer auf dem See, 8 Uhr. Weltpanorama. Schwis (Schiffbauern bis Konferenz). Konfessionen der Landeshauptstadt. Prüfungskongress der Ausbildungsstellen. Saal der Anstalt, 4 Uhr. Residenz-Bücherei. Fremdenregionär Kirch (2. Teil).

Blusen

Sommerkleider, Kinderkleider, Kostime, Gardinen, Tischdecken, Stickereien, Herrenanzüge, Krawatten, Hüte usw. reinigen die chemisch selbst mit Sabol, chemisches Reinigungsmittel im Haus Preis Mk. 2.— p. Pak., in Drogerien ertl.

Gesetzsaal.

Karlsruher Schwurgericht.

SS Karlsruhe, 27. Juni. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dser begann heute vormittag das Schwurgericht im 3. Vierteljahre, dessen Tagungszeit 10 Tage in Anspruch nehmen wird. Zur Verhandlung kommen 12 Fälle.

Der erste Fall betraf die Anklage gegen den Dienstheld Paul Kirzinger aus Ravensburg und den Bäcker Paul Georg Pfaff aus Unterscheidental wegen

Strahnenraub.

Betreiber der Staatsanwaltschaft ist Staatsanwalt Stodert, Verteidiger die Rechtsanwälte Dr. Schneider und Dr. Kullmann.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab: Kirzinger ist im Jahre 1898 in Ravensburg geboren. Seine Eltern lebten nach der Schweiz über, wo Kirzinger heranwuchs. Im Jahre 1913 kehrte er wieder in das Deutsche Reich zurück und im Laufe des Krieges trat er ins Heer. Während der Militärzeit hatte sich Kirzinger gut geführt; nachher kam er häufig wegen Diebstahls mit dem Strafgeset in Konflikt, so daß er mehrfach bestraft werden mußte, darunter wegen einer Reihe von Einbruchdiebstählen zu 4 Jahren Gefängnis u. zu 5 Jahren Ehrverlust. Im Oktober vorigen Jahres war Kirzinger in Baden-Baden in Unterfindungsgehaft. Es gelang ihm, in der Nacht zum 7. Dezember zu entkommen. Er wandte sich nach Durlach, wo er mit dem zweiten Angeklagten, dem Paul Georg Pfaff, zusammentraf, mit dem er die Straftat beging, wegen der sich heute die beiden vor dem Schwurgerichte zu verantworten hatten. Pfaff ist in Unterscheidental, Amt Buchen, als Sohn eines Hauptlehrers geboren. Bereits im Jahre 1913 erhielt er eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls; in der Folgezeit ist er noch öfter wegen Diebstahls bestraft worden. Ueber die Tat wurde festgestellt: Die Anklage wurde von Kirzinger gegeben, der angab, er habe sich auf diese Weise einen kleinen Geldbetrag verschaffen wollen und nicht gewußt, daß er sich dadurch einer schweren Straftat schuldig mache. Kirzinger gab auch an, Pfaff habe ihn nur begleiten wollen. Am 3. Januar abends markierten beide nach Wofarsisweiler zu, kehrten später um und gingen auf der Straße auf und ab, um zu warten, bis eine Frau käme, die sie herabsteigen könnten. Als Opfer erforschten sie sich dann eine Kaufmannsweibin aus Karlsruhe, die in Begleitung einer anderen Dame mit der Straßenbahn nach Durlach gefahren war, um in Wofarsisweiler für ihr krankes Kind Milch zu holen. Die Verkäuferin machte sich an die eine Frau heran; sie wurde zu Boden geworfen, Pfaff schlug der Frau mit einem Schirm auf den Kopf und Kirzinger riß ihr die Handtasche weg. Dann ließen Kirzinger und Pfaff davon und teilten das in dem Handtäschchen von ihnen vorgefundene Geld im Betrage von etwa 70 Mk., das Täschchen warfen sie fort. Am nächsten Tage fuhren die Verkäuferin nach Steinbach bei Baden-Baden. Auf Veranlassung des Pfaff erbrachten

sie dort einen Eisenbahnwagen und nahen fünf Kisten Seife und entwendeten anderwärts noch zwei Säcke. Nach diesen Taten fuhren die Gesellen nach Singheim, wo sie einem Bahnbearbeiter verdächtig erschienen, so daß er der Polizei Anzeige erstattete. In Rastatt stieg darauf ein Polizeibeamter in das Weite des Eisenbahnwagens ein, in dem sich Pfaff und Kirzinger befanden und erriechte ihnen, daß er sie in Karlsruhe verhaften müsse. Es gelang dem Kirzinger, zu entkommen, während sich der Zug in Bewegung befand. Am 11. Januar konnte Kirzinger in Durlach verhaftet werden. Pfaff wurde sofort festgenommen. Wegen des Diebstahls in Steinbach sind beide bereits in Offenburg verurteilt.

Bezirksrat Dr. Bruch-Durlach, der die Wunde der verurteilten Frau am 5. Januar untersuchte, stellte fest, daß Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeuge vorliegt. Die Wirkung des Schusses sei durch den Hüt der getroffenen abgeschwächt worden. Pfaff sei ein geistig minderwertiger Mensch, der Schutz des § 51 könne ihm aber nicht zu.

Die Geschworenen bejahten für Kirzinger und Pfaff die Schuldfrage nach Raub und billigten beiden mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte auf Grund dieses Wahrspruches den Kirzinger zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den Pfaff zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Diese Strafen wurden vereinigt mit den früheren Strafen der Verurteilten, so daß Kirzinger eine Gesamtstrafe von 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust und Pfaff eine solche von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust erhielt.

Der zweite Fall betraf die Anklage gegen den Kanzleihilfen Alfred Welsch aus Barr (Elsass) wegen

Diebstahls und Münzverbrechens.

Die Verhandlung ergab: Der Angeklagte, der Elässer ist, wohnt in Au a. Rh. und war in Karlsruhe beim Landesfinanzamt beschäftigt. Dort wurden zur Bezahlung des Reichsnotopfers Kriegsanleihen und dazu gehörige Zinscheine abgeliefert. Welsch hatte diese Zahlungsmittel zu prüfen, nachdem die Kriegsanleihen durch einen Stempel und durch Hauptstempelstriche und die Zinscheine durch Hauptstempelstriche entwertet worden waren. Welsch entwendete nun eine Anzahl Kriegsanleihen und Zinscheine und räuberte mit einem Weingummi die Hauptstempelstriche weg, die Stempel verdeckte er durch Tintenkluge. Dann verkaufte er für 2000 Mk. Schuldverschreibungen bei einem Bankhause und für 95 000 Mk. bei einer anderen Bank in Karlsruhe. Darauf ging er ins Elsass flüchtig und hinterließ seiner Frau in Au a. Rh. einen Brief, in dem er sie tröstete und ihr mitteilte, daß er für sein und ihr Wohlergehen gesorgt habe. Außerdem hinterließ er eine Summe von 9000 Mk. in Kriegsanleihen. Als die Frau sich darüber klar war, daß ihr Gatte das Geld nicht auf rechtmäßige Weise erworben hatte, brachte sie es dem Landesfinanzamt. Inzwischen hielt sich Welsch in St. Amarin und in Weller im Ober-

elsass auf. Dann kam er am 20. Januar nach Karlsruhe, hielt sich hier 14 Tage lang auf und begab sich darauf nach Straßburg. Schließlich reiste er nach Karlsruhe zurück und stellte sich der Behörde, da er sich heftige Vorwürfe über seine Handlungen machte und mit seinem Gewissen ins Reine kommen wollte. Im 3. Februar wurde er festgenommen. Durch die Handlungen Welschs ist der Fiskus nicht, wohl aber sind die Banken geschädigt worden.

Die Anklage wurde vom Staatsanwalt Dr. Rönner vertreten, Verteidiger war Rechtsanwalt Diebold.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach Unterschlagung unter Zubilligung mildernder Umstände und die Frage nach Verzug. Auch hier billigten sie mildernde Umstände zu. Die Schuldfragen nach Diebstahl und Münzverbrechen wurden verneint. Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre, abzüglich 4 Monaten 3 Wochen Unterfindungsgehaft. Der Angeklagte kam auf freien Fuß.

1. Schönan, 27. Juni. Wegen Amtsunterschlagung, Falschheils und Falschbeurteilung ist Bürgermeister Engesser von der Waldshuter Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden.

Sport / Spiel.

Fußball.

Ungarn - Süddeutschland 3:0. Die süddeutsche Mannschaft, die die Reise infolge einiger Abwesenheiten in flüchtiger Aufstellung antreten konnte, unterlag am Sonntag in Budapest mit 3:0 Toren. Dem Spiel wohnten etwa 30 000 Zuschauer bei. Die Ungarn führten vor der Pause mit 2:0 Toren. Das Vorspiel im vorigen Jahre in Pörtschach gewonnen die Ungarn nur knapp mit 1:0 Toren.

Sportplatzweide der Sp. Va. Weingarten.

Der Verein beginnt am Sonntag den 28. d. M. das fest seiner Sportplatzweide. Durch jahrelange aufopfernde Tätigkeit ist es der rührigen Vereinsleitung gelungen, den Verein in sportlicher Beziehung so zu heben, daß er heute in der A-Klasse sein Können zeigen kann. Ein schwerer Kampf war es, der Hauptanforderung eines Sportvereins gerecht zu werden, der Beschaffung eines eigenen Spielplatzes. Nach vielen Sitzungen mit der Ortsverwaltung gelang es der Vereinsleitung, ein Stück Wald zu diesem Zwecke zu erhalten, das unter den größten Anforderungen an die Vereinsmitglieder zu einem Spielplatz urbar gemacht wurde. Heute nun steht der Platz, solide eingemastet und auch sonst gut beschaffen als ein fertiges Werk da. Zum Beispiel hatte sich Weingarten den H.C. Frankonia Karlsruhe angeschlossen. Die Mannschaft wurde vor Spielbeginn auf dem Platze von dem 1. Vorsitzenden Herrn Bruber auf das herzlichste willkommen geheißen und ihr zum Gedenken des Tages ein silberner Pokal mit Widmung als Geschenk überreicht. Zum Gedenken der Geburt und Anerkennung der Sp. Va. Weingarten hatte H.C. Frankonia durch deren Vertreter dem Verein einen schönen Vorbertrag mit Schiffe (Schwarz, grün, rot) überreichten lassen. Schiedsrichter Bachmann (Karlsruhe) gab das Feld zum Anfang des Spieles, das gleich von beiden Seiten in lebhaftem Tempo begonnen wurde. Schon in den ersten 10 Minuten war Frankonia zweimal erfolgreich. Weingarten war dadurch etwas verärgert, findet sich bald zusammen und kann in kurzen Abständen 2 Tore entgegennehmen. Partie 2:2. Bei Wiederbeginn des Spieles merkte man - infolge der Hitze - eine ständige Ermüdung, und es werden beiderseits häufigere Sünden ausgetrieben. Weingarten kann bis zum Schluß noch 1. Frankonia noch 3 Tore erzielen. So endete ein schönes Spiel, das in erster Linie dem Sport und nicht der Punktgerei gewidmet hat.

garden war dadurch etwas verärgert, findet sich bald zusammen und kann in kurzen Abständen 2 Tore entgegennehmen. Partie 2:2. Bei Wiederbeginn des Spieles merkte man - infolge der Hitze - eine ständige Ermüdung, und es werden beiderseits häufigere Sünden ausgetrieben. Weingarten kann bis zum Schluß noch 1. Frankonia noch 3 Tore erzielen. So endete ein schönes Spiel, das in erster Linie dem Sport und nicht der Punktgerei gewidmet hat.

Vom Wetter.

Wetternachrichtenblatt der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. funktelographischer Beobachtungen Beobachtungen vom Montag, 27. Juni 1921, 8 Uhr morgens M.E.S.

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, in 500 m, in 1000 m, Winde Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7⁰⁰ morgens

Table with columns: Windr. in NN, in 500 m, in 1000 m, Geht. Wärm., Niedr. Temp., in d. Nacht, Winde Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Eine Tiefdruckfurche ist über Deutschland hinweggezogen, hat aber, abgesehen von vereinzelten Gewittern, keine Veränderung des heißen, meist heiteren Wetters verursacht. Da über West- und Mitteleuropa der Luftdruck wieder steigt, dauert die gegenwärtige Witterung im allgemeinen an, doch sind stichweise Gewitter wahrscheinlich.

Vorausprognose Witterung bis Dienstag, den 28. Juni, nachts: Warm, meist heiter, stichweise Gewitter.

Rhein-Donnerstunde morgens 6 Uhr:

Table with columns: Station, 27. Juni, 26. Juni.

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI Würze. Vorteilhaftester Bezug in Flaschen Nr. 6; man achte auf unverletzten Plombenverschluss.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des unerwarteten Hinscheidens unseres lieben, guten Vaters und Großvaters sprechen wir Allen unsern tiefgefühlten Dank aus. Im Namen der tiefbetrübten Angehörigen: Wilhelm Füssler und Frau Elise geb. Arber.

Unterricht. Englisch nach System Ritter, Tages- und Abendstunden. Probestunden. 21 jährige Lehrerfahrung im In- und Ausland. Streng individuellen Unterricht. Anmeldung u. Beginn täglich. Unterricht bis 10 Uhr abends. H. K. Ritter, früher Berlitz-Direktor, 30 Körnerstr. 30.

Todes-Anzeige. Gestern abend entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe, herzensgute Frau, Mutter und Schwiegermutter Luise Kötzle geb. Pfeiffer im 48. Lebensjahre. Ruppurr, 27. Juni 1921. In tiefer Trauer: Friedrich Kötzle nebst Kinder, Familie Wagner. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 1,5 Uhr vom Trauerhaus, Langestr. 5, statt.

WANZEN samt Brut werden durch mein Spezial-Vergasungs-Verfahren unter Garantie radikal vernichtet. Uggelstraße-Vorrichtung-Anstalt Fr. Springer, Markgrafenstraße 52, Telefon 3263. Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ e. G. m. b. H. Karlsruhe Wilhelmstraße 47. Postscheckkonto Nr. 10 661. Telefon Nr. 5209. Bankkonto: Straus & Co. Übernahme sämtlicher Erd-, Maurer-, Beton-, Zimmer-, Gipser-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei mäßigen Preisen. Besonders günstige Bedingungen bei Reparaturen und Umbauten.

Schreibmaschinen aller Systeme repariert schnell und billig. Karl Hafner Karlsruhe i. B. Amalienstr. 51 Fernspr. 2127.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig. Geschw. Gutmann Ecke Kaiser u. Waldstr.

Zeichnungen auf 5% mündelsichere Neckar A.-G. Hypothekar-Anleihe Ausgabekurs 99% nimmt zu Originalbedingungen entgegen: Mitteldeutsche Creditbank Filiale Karlsruhe.

=Adler= Schreibmaschinen! erstklassiges Fabrikat Ueber 200 000 im Gebrauch sind zu Original-Fabrik-Preisen prompt lieferbar. Ferner empfehle ich Farbbänder u. Kohlepapier in nur bester Qualität. Alwin Vater, Zirkel 32, Telefon 236. Reparatur-Werkstätte für sämtliche Systeme.

Drei Kronen Ecke Kronen- u. Zähringerstraße Dienstag u. Mittwoch Schlachttag Ferdinand Weber.

Besuchs-Karten in großer Auswahl und hübscher Ausführung liefert rasch und preiswert C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. Ritterstr. 1. Tel. 297.

Bäder- u. Kuranzeigen finden weitestgehende Verbreitung durch das „Karlsruher Tagblatt“.

Herren-Kleider reinigt und färbt in kürzester Zeit. Karl Timms Färberei und chemische Waschanstalt Marktplatz 21, Tel. 2628. Mäßige Preise. b. Marktplatz.

Südwestdeutscher Offiziersstag.

Vorzheim, 25. Juni. Unter großer Beteiligung fand vom 24. bis 26. ds. hier der Südwestdeutsche Offiziersstag statt. Die Vorbereitungen dazu hatte in musterwürdiger Weise die Ortsgruppe Vorzheim des Deutschen Offiziersbundes getroffen...

Am Freitagabend fand im Museum ein Beerdigungsabend statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Vorzheim, Hauptmann d. R. Steinel begrüßte die Erschienenen und gab für die Tagung das Motto an: 'Treue Liebe bis zum Tode...' Im Anschluß an seine Ausführungen wurde das Lied der Deutschen gesungen.

Am 26. vormittags traten die Teilnehmer der Tagung im Saalbau zusammen. Die Versammlung wurde durch den Hauptmann der Reserve Steinel eröffnet, der eine kurze Vorrede über den Zustand des Südwestdeutschen Offiziersbundes gab...

Die sehr schön aufgebaute und von klaren Gedanken getragene Rede des Reichsanwalts, Hauptm. d. R. a. D. Steinel war von tiefer Vaterlandsliebe durchdrungen. Seine Worte führten die Zuhörer von der Wiege der Nation bis zum heutigen Tage...

Am Sonntag vormittag wurde durch einen feierlichen Ehrenfriedhof der gefallenen Kameraden gedacht. Die dort unter einem Meer von roten Rosen in ihrer Mitte der frühere Bürgermeister von Vorzheim, Schwefert ruhen...

Neben dem gemeinsamen Mittagessen wurden nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst trat man in die Auseinandersetzung über die beiden letzten Vorträge des Vormittags ein...

Das erste Referat des Nachmittags, 'Offizier und öffentliche Meinung' hatte wieder Oberstlt. v. D. Sichtig übernommen. Über 90% der Offizierskorps hat für das Vaterland gekämpft, über 40% deckt der lähler Rosen oder das Meer...

Der Reichsanwalt, Hauptm. d. R. a. D. Steinel, behandelte das Thema 'Die Pflichten des vaterländischen Offiziers', dem die ganze Tagung dienen sollte. Das ganze deutsche Volk muß wieder deutsch werden lernen und die innere Spaltung überwinden...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

Die offizielle Tagung fand ihren Abschluß in einem Festbankett im Saalbau, an dem weit über 1000 Personen teilnahmen. Hauptm. d. R. Steinel begrüßte insbesondere die Heerführer, den Präsidenten des Bundes, der Landesverbände und die Vertreter der Stadtgemeinde Vorzheim...

Die sehr schön aufgebaute und von klaren Gedanken getragene Rede des Reichsanwalts, Hauptm. d. R. a. D. Steinel war von tiefer Vaterlandsliebe durchdrungen. Seine Worte führten die Zuhörer von der Wiege der Nation bis zum heutigen Tage...

Am Sonntag vormittag wurde durch einen feierlichen Ehrenfriedhof der gefallenen Kameraden gedacht. Die dort unter einem Meer von roten Rosen in ihrer Mitte der frühere Bürgermeister von Vorzheim, Schwefert ruhen...

Neben dem gemeinsamen Mittagessen wurden nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst trat man in die Auseinandersetzung über die beiden letzten Vorträge des Vormittags ein...

Das erste Referat des Nachmittags, 'Offizier und öffentliche Meinung' hatte wieder Oberstlt. v. D. Sichtig übernommen. Über 90% der Offizierskorps hat für das Vaterland gekämpft, über 40% deckt der lähler Rosen oder das Meer...

Der Reichsanwalt, Hauptm. d. R. a. D. Steinel, behandelte das Thema 'Die Pflichten des vaterländischen Offiziers', dem die ganze Tagung dienen sollte. Das ganze deutsche Volk muß wieder deutsch werden lernen und die innere Spaltung überwinden...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

und Heizer. Der Verband umfaßt 100 287 Mitglieder. In den Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung waren in 629 Orten mit 11 286 Betrieben 198 531 Maschinen und Heizer beteiligt. In den Ausstand traten in 109 Orten mit 514 Betrieben 6928 Beschäftigte...

Die sehr schön aufgebaute und von klaren Gedanken getragene Rede des Reichsanwalts, Hauptm. d. R. a. D. Steinel war von tiefer Vaterlandsliebe durchdrungen. Seine Worte führten die Zuhörer von der Wiege der Nation bis zum heutigen Tage...

Am Sonntag vormittag wurde durch einen feierlichen Ehrenfriedhof der gefallenen Kameraden gedacht. Die dort unter einem Meer von roten Rosen in ihrer Mitte der frühere Bürgermeister von Vorzheim, Schwefert ruhen...

Neben dem gemeinsamen Mittagessen wurden nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst trat man in die Auseinandersetzung über die beiden letzten Vorträge des Vormittags ein...

Das erste Referat des Nachmittags, 'Offizier und öffentliche Meinung' hatte wieder Oberstlt. v. D. Sichtig übernommen. Über 90% der Offizierskorps hat für das Vaterland gekämpft, über 40% deckt der lähler Rosen oder das Meer...

Der Reichsanwalt, Hauptm. d. R. a. D. Steinel, behandelte das Thema 'Die Pflichten des vaterländischen Offiziers', dem die ganze Tagung dienen sollte. Das ganze deutsche Volk muß wieder deutsch werden lernen und die innere Spaltung überwinden...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

Konservatorium der Landeshauptstadt Karlsruhe. Das 7. Prüfungskonzert fand am Samstag, 25. Juni, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Orchesters des Badischen Landes-theaters im Eintrachtssaal statt. Fräulein Eugenie Schneider führte das Ronde brillant, Es-Dur von Mendelssohn mit kräftigem, modellationsfähigem Anschlag und glänzendem Posaunenpiel...

Die sehr schön aufgebaute und von klaren Gedanken getragene Rede des Reichsanwalts, Hauptm. d. R. a. D. Steinel war von tiefer Vaterlandsliebe durchdrungen. Seine Worte führten die Zuhörer von der Wiege der Nation bis zum heutigen Tage...

Am Sonntag vormittag wurde durch einen feierlichen Ehrenfriedhof der gefallenen Kameraden gedacht. Die dort unter einem Meer von roten Rosen in ihrer Mitte der frühere Bürgermeister von Vorzheim, Schwefert ruhen...

Neben dem gemeinsamen Mittagessen wurden nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst trat man in die Auseinandersetzung über die beiden letzten Vorträge des Vormittags ein...

Das erste Referat des Nachmittags, 'Offizier und öffentliche Meinung' hatte wieder Oberstlt. v. D. Sichtig übernommen. Über 90% der Offizierskorps hat für das Vaterland gekämpft, über 40% deckt der lähler Rosen oder das Meer...

Der Reichsanwalt, Hauptm. d. R. a. D. Steinel, behandelte das Thema 'Die Pflichten des vaterländischen Offiziers', dem die ganze Tagung dienen sollte. Das ganze deutsche Volk muß wieder deutsch werden lernen und die innere Spaltung überwinden...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

Veranstaltungen. Das Johannisefest wird nunmehr heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Stadtgarten abgehalten werden. Es besteht aus Musikaufführungen zweier Kapellen, einem Brillant-Schönheitswettbewerb des Feuerwerkschützen-Vereins aus Gleebrunn, dem üblichen Johannisefest auf dem See und anschließender benachteiligter Feiern der Anlagen...

Die sehr schön aufgebaute und von klaren Gedanken getragene Rede des Reichsanwalts, Hauptm. d. R. a. D. Steinel war von tiefer Vaterlandsliebe durchdrungen. Seine Worte führten die Zuhörer von der Wiege der Nation bis zum heutigen Tage...

Am Sonntag vormittag wurde durch einen feierlichen Ehrenfriedhof der gefallenen Kameraden gedacht. Die dort unter einem Meer von roten Rosen in ihrer Mitte der frühere Bürgermeister von Vorzheim, Schwefert ruhen...

Neben dem gemeinsamen Mittagessen wurden nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst trat man in die Auseinandersetzung über die beiden letzten Vorträge des Vormittags ein...

Das erste Referat des Nachmittags, 'Offizier und öffentliche Meinung' hatte wieder Oberstlt. v. D. Sichtig übernommen. Über 90% der Offizierskorps hat für das Vaterland gekämpft, über 40% deckt der lähler Rosen oder das Meer...

Der Reichsanwalt, Hauptm. d. R. a. D. Steinel, behandelte das Thema 'Die Pflichten des vaterländischen Offiziers', dem die ganze Tagung dienen sollte. Das ganze deutsche Volk muß wieder deutsch werden lernen und die innere Spaltung überwinden...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

schlummern; Offizier und Mann müssen wie im Schützengraben zusammenschließen. Die Jugend muß in nationalem Sinne und zur körperlichen Erhaltung erzogen werden. Mit den Kameraden der Reichswehr müssen wir in innigem Zusammenhang bleiben...

Zugung des Badischen Bauernvereins.

1. Heidelberg, 27. Juni. Gestern fand hier der Verbandstag des Badischen Bauernvereins statt. Vormittags waren kleinere Versammlungen und Aufschlußsitzungen, während nachmittags 2 Uhr im großen Saal der Stadthalle die Mitgliederversammlung unter Teilnahme von über 1500 Personen eröffnet wurde.

Der Präsident des Bauernvereins, Staatsrat Weichaupt-Püllendorfer eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache und dem Hinweis, daß die Zugung alljährlich in einer anderen Stadt abgehalten werde, um allen Teilen des Landes einmal Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Staatspräsident Trunf betonte, daß die Regierung gerne an den Beratungen der Bauern teilnehme, um ihre Wünsche kennen zu lernen. Die badische Landwirtschaft habe während des Krieges und nachher ihre Pflicht vollst. getan.

Im Namen der Stadtverwaltung hieß Bürgermeister Wieland den Bauernverein willkommen und betonte, daß auch die Städte die Aufhebung der Zwangswirtschaft begrüßen würden.

festes und über seine Wirkung für das süd-deutsche Brennereigewerbe. Der Redner sprach sich gegen den Gesehenswurf in der jetzigen Form aus, durch den die süddeutsche Kleinbrennerei ruiniert würde.

Im Anschluß hieran bemerkte Finanzminister Köhler, es sei unbedingt nötig, daß die „Schmelzbrennerei“ in Baden aufhöre. Von Zwangshypotheken sei ihm nichts bekannt.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 27. Juni.

Die weitere Entwertung der Mark im Auslande — sowohl von Newyork als auch von der Schweiz werden schwächere Kurse gemeldet — wirkte auf die Stimmung am Produktenmarkt befestigend, und zwar speziell für diejenigen Artikel, in denen die Vorräte knapp sind.

w. Frankfurt a. M., 27. Juni. Die große Geldflüssigkeit und die Furcht vor weiterer Geldentwertung sind die treibenden Momente zu der Anregung am Industriemarkt. Bestimmend für die weitere Kauflust für das Publikum sind ferner die einander ablösenden Gerüchte über Kapitalerhöhungen und Interessenskombinationen.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe

Berliner Börse.

w. Berlin, 27. Juni. In Rückwirkung des verschlechterten Marktkurses in Newyork und im übrigen Ausland machten die Devisen eine sprunghafte Steigerung, und die Spekulation sah sich zu weiteren Käufen in Industrierwerten angezogen.

nicht vollständig freigegeben wurde, er hält nach wie vor das Umlageverfahren für verfehlt und fordert für das nächste Jahr das Aufheben jeglicher Zwangswirtschaft. Der Bauernstand ist bereit, zur Erfüllung der Forderungen der Eisenindustrie beizutragen, verlangt aber erträgliche Steuern für den Bauernstand und nicht einseitige Belastung des Grundbesitzes.

Bei den Vorstandswahlen wurden gewählt: Staatsrat Weichaupt-Püllendorfer als Präsident, Freiherr von Stöbinger als Vizepräsident, als erster Vizepräsident, Landwirt Karl Knopf III-Neumeier als 2. Vizepräsident. Dem Vorstand gehören ferner an: Bürgermeister Adolf Leibaß, Freiherr von Gleißenheim-Oberrommel, Bürgermeister Graf Duchsillingen, Landwirt Gemberger-Oberfeldental, Landwirt Rautafischer-Juchheim, Gemeinderat Schill-Metzhausen, Landwirt Staßer-Olfenz.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Mannheimer Produktenbörse.

w. Frankfurt a. M., 27. Juni. Die große Geldflüssigkeit und die Furcht vor weiterer Geldentwertung sind die treibenden Momente zu der Anregung am Industriemarkt. Bestimmend für die weitere Kauflust für das Publikum sind ferner die einander ablösenden Gerüchte über Kapitalerhöhungen und Interessenskombinationen.

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Abendbörse. Devisen: Brüssel 600, Holland 2425, London 2594, Paris 601, Schweiz 1255, Italien 369%, Newyork 74%. Tendenz: leicht abgeschwächt.

Stuttgarter Lebensversicherung a. G.

Stuttgarter Lebensversicherung a. G. (Alte Stuttgarter). Das Jahr 1920, das 66. Geschäftsjahr, brachte in der Todesfallversicherung einen Reinzuwachs von 34 956 (i. V. 18 460) Versicherungen mit Mk. 531 011 765 (i. V. 232 372 332).

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 27. Juni. Die große Geldflüssigkeit und die Furcht vor weiterer Geldentwertung sind die treibenden Momente zu der Anregung am Industriemarkt. Bestimmend für die weitere Kauflust für das Publikum sind ferner die einander ablösenden Gerüchte über Kapitalerhöhungen und Interessenskombinationen.

Stuttgarter Lebensversicherung a. G.

Stuttgarter Lebensversicherung a. G. (Alte Stuttgarter). Das Jahr 1920, das 66. Geschäftsjahr, brachte in der Todesfallversicherung einen Reinzuwachs von 34 956 (i. V. 18 460) Versicherungen mit Mk. 531 011 765 (i. V. 232 372 332).

Stuttgarter Lebensversicherung a. G.

Stuttgarter Lebensversicherung a. G. (Alte Stuttgarter). Das Jahr 1920, das 66. Geschäftsjahr, brachte in der Todesfallversicherung einen Reinzuwachs von 34 956 (i. V. 18 460) Versicherungen mit Mk. 531 011 765 (i. V. 232 372 332).

Wertpapier- und Devisenmarkt

Table with columns: Bank-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Eisenbahn-Aktien, Festverzinsl. Werte, and various bank names like Deutsche Bank, Dresdener Bank, etc.

Table with columns: Berliner Kursnotierungen, Industrie-Papiere, and various company names like Siemens, AEG, etc.

Table with columns: Devisennotierungen, w. Frankfurt, 27. Juni, w. Berlin, 27. Juni, and various international exchange rates.